



Wie reformiert man
Solidarität, Verantwortung
und Gerechtigkeit?

GERECHTIGKEIT

SOLIDARITÄT

Der Kreisverband Nordthüringen des Sozialverbandes VdK beteiligt sich seit 2001 an der Aktion Grundgesetz der Aktion Mensch.

Auf den nachfolgenden Seiten werden in Bild die Aktionen des Kreisverbandes ab 2001 unter Einbeziehung der Aktivitäten des Außerparlamentarischen Bündnisses zur Gleichstellung behinderter Menschen in Thüringen,

zu dessen Unterstützern der Kreisverband seit Jahresbeginn 2004 offiziell gehört,



dokumentiert.

Seit 1997 streiten über 100 Organisationen der Behindertenhilfe und -selbsthilfe in der von

der **AKTION MENSCH** ins Leben gerufenen **AKTION GRUNDGESETZ** für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in Deutschland. Gemeinsames Ziel: das Verfassungsgebot „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ (Art. 3, Abs. 3 GG) in den Alltag umzusetzen. Damit hat sie auch das am 1. Mai 2002 in Kraft getretene Bundesgleichstellungsgesetz mit vorbereitet. Außerdem will die Aktion Grundgesetz mit Kampagnen das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Bedürfnisse und Interessen von Menschen mit Behinderungen sensibilisieren.

2001

Der Sozialverband VdK Nordthüringen beteiligte sich im Jahr 2001 zum ersten Mal an der Aktion. Damals stand im Mittelpunkt die Forderung nach einem Bundesgesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen.



Dazu fanden am 5. Mai 2001 bundesweit Meetings statt und mit Trommelwirbeln von 11.55 bis 12.00 Uhr wurde die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes unterstrichen.



Trommelwirbel vor dem Arterner Rathaus fünf vor zwölf



Den Stellvertreter des Landrates Georg Schäfer (links) konnte der VdK-Kreisvorsitzende Bernd Reiber ebenso zum Meeting begrüßen wie den Bürgermeister der Stadt Wolfgang Koenen (rechts) und weitere Persönlichkeiten des Kreises.



Karl-Heinz Krüger (im Rollstuhl) übergab Georg Schäfer und den weiteren Gästen die Mappen mit den Forderungen des VdK-Kreisverbandes Nordthüringen.



Trotz Regen waren viele behinderte und nicht behinderte Menschen der Einladung gefolgt bzw. machten beim Einkauf am Markt halt.



Wie reformiert man
Solidarität, Verantwortung
und Gerechtigkeit?

GERECHTIGKEIT

VERANTWORTUNG

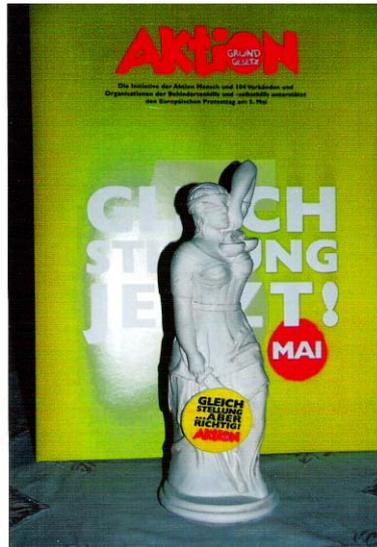
SOLIDARITÄT

2002

Am 1. Mai 2002 trat das Bundesgleichstellungsgesetz in Kraft. Ein Erfolg, an dem die Aktion Grundgesetz nicht wenig Anteil hatte. Das war ein Grund zum Feiern. Die Losung hieß nun:



Damit wurden u. a. Zielvereinbarungen Verbandsklagen zur Erreichung von Barrierefreiheit möglich.

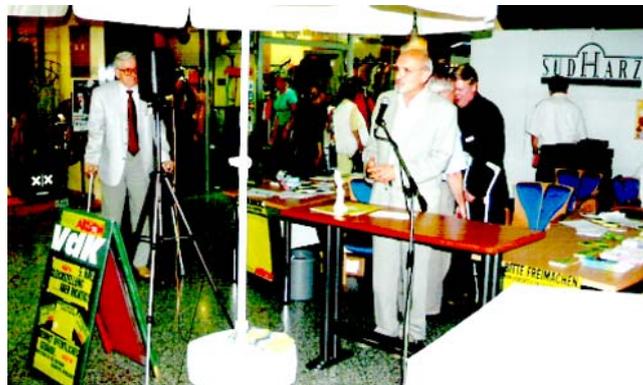


Mit der Übergabe von Justitia-Figuren wurde die Forderung aufgemacht, dass sich Städte der Erklärung von Barcelona anschlossen.

Der VdK-Kreisverband Nordthüringen stellte diese Forderung in den Mittelpunkt eines Podiumsgesprächs in Sondershausen



VdK-Kreisvorsitzender Bernd Reiber (stehend) begrüßte als Gesprächspartner u. a. den Landrat Peter Hengstermann, Bürgermeister Kreyer (Sondershausen) und Wolfgang Koenen (Artern).



In der Südharzalerie Nordhausen informierte der VdK gemeinsam mit dem Sozialverband Deutschland (ehem. Reichsbund) zur Aktion und Bürgermeister Klaus Wahlbuhl (Foto) versicherte dass, man im Rathaus die Initiative von Barcelona aufgreifen werde.



In Roßleben übergaben VdK-Mitglied Gero Hermann (im Rollstuhl) und Ortsverbandsvorsitzender Erwin Schmidtke (rechts) an den Bauamtsleiter Arnold die Erklärung von Barcelona und Justitia-Figur mit der Forderung nach einer barrierefreien Stadt. Im Rahmen der Aktion wurden 2002 die Städte:



Sondershausen



Bad Frankenhausen



Artern



Roßleben



Nordhausen

aufgefordert, einen Ratsbeschluss zur Erklärung von Barcelona „Die Stadt und die Behinderten“ zu fassen



Nur wenige Wochen nach der Übergabe der Unterlagen durch den Vorsitzenden des VdK-Ortsverbandes Gerhard Naab an den Bad Frankenhäuser Bürgermeister Ringleb (im Foto links) erfolgte bereits am 13.06.02 der Beschluss des Stadtrates zur Erklärung von Barcelona.